

Der bekannte US-Autor Norman Solomon wirft der Demokratischen Partei der USA erneut vor, wegen ihrer Hetze gegen Russland drängende innenpolitische Probleme zu vernachlässigen und damit eine erneute Niederlage bei den US-Zwischenwahlen zu riskieren.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 115/18 – 17.08.18

**Republikaner und konzernhörige Demokraten
werden die Zwischenwahlen gewinnen,
wenn die Demokratische Partei weiterhin nur gegen Putin hetzt
Mit noch mehr antirussischem Getöse werden nur Kernbotschaften der Demokraten
wie wirtschaftliche Fairness, gleiche Rechte, Umweltschutz und Diplomatie übertönt**

Von Norman Solomon

Common Dreams, 26.07.18

(<https://www.commondreams.org/views/2018/07/26/gop-and-corporate-dems-gain-when-democrats-run-against-putin>)

"Wer TV-Nachrichten schaut, kann leicht feststellen, dass die Demokratische Partei viel mehr Wert auf einen harten Kurs gegen Russland legt, als auf eine Auseinandersetzung mit der Konzernmacht, die für die extreme wirtschaftliche Ungleichheit in den USA verantwortlich ist." (MSNBC-Nachrichten)

Progressive müssten es eigentlich begreifen. Durch eine weitere Verstärkung des antirus-sischen Getöses werden nur die Kernbotschaften der Linken – wirtschaftliche Fairness, gleiche Rechte für alle, Umweltschutz und Diplomatie (statt Gewalt) und vieles mehr – übertönt. Wer sich darauf beschränkt, Russland für die Krise der Demokratie in den USA verantwortlich zu machen, spielt nur den Republikanern und konzernhörigen Demokraten in die Hände, die jede progressive Entwicklung verhindern wollen.

Wenn Progressive bei der "Russiagate"-Kampagne mitmachen, unterstützen sie damit unbeabsichtigt die politischen Kräfte, die sich allen fortschrittlichen Forderungen in den Weg stellen. Die reißende Flut übertriebener und verlogener Anschuldigungen gegen Russland lenkt nur davon ab, dass es vor allem darum geht, in den in knapp 100 Tagen anstehenden Zwischenwahlen die Republikaner zu schlagen.

Die durch die Hetzkampagne gegen Russland verursachte ungeheure Verschwendung von Zeit und Ressourcen reduziert die Kapazitäten, die gebraucht würden, um auf Einschränkungen aufmerksam zu machen, die unserer Demokratie aus unserem Wahlsystem erwachsen – durch die restriktiven Wahlgesetze einiger Bundesstaaten, durch Probleme mit den Wählerlisten und durch die zahlreichen Barrieren, die Wähler anderer Hautfarbe behindern.

Anstatt das Ziel – den Sieg über die Republikaner – im Auge zu behalten, lassen sich viele Demokraten von Medien wie der MSNBC (s. <https://de.wikipedia.org/wiki/MSNBC>) davon abbringen. Wegen seiner extremen Russland-Phobie hat dieser TV-Sender kaum noch Sendezeit für die unsäglichen innenpolitischen Maßnahmen übrig, mit denen uns die Trump-Regierung täglich schockiert.

Das gilt auch für den Militarismus der Trump-Regierung. Auch gegen den in den Kongress eingebrachten Gesetzentwurf, mit dem einige Demokraten und Republikaner die Beteili-

gung der USA an den Massenmorden der Saudis im Jemen beenden wollen, hat MSNBC sofort opponiert.

Unter der Überschrift "It's Been Over a Year Since MSNBC Has Mentioned U.S. War in Yemen" (MSNBC hat die Beteiligung der USA am Krieg im Jemen letztmals vor einem Jahr erwähnt, [s. <https://fair.org/home/action-alert-its-been-over-a-year-since-msnbc-has-mentioned-us-war-in-yemen/>]) hat der Journalist Adam Johnson für die medienkritische Website FAIR (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Fairness_%26_Accuracy_in_Reporting) über den journalistischen Niedergang bei MSNBC berichtet und die von dem Sender betriebene Hetze gegen Russland thematisiert. In seinem Artikel stellt Johnson auch die Frage: "Warum wird von diesem Medium, das sich als Hauptinstrument des Widerstandes gegen Trump ausgibt, die US-Beteiligung an dem verheerenden Krieg im Jemen völlig ignoriert?"

In dem FAIR-Bericht ist zu lesen: "Wahrscheinlich hält die MSNBC die Angriffe auf Russland für die eleganteste Möglichkeit, ihr 'progressives' Image zu bewahren, und sich trotzdem bei den traditionellen Zentren der Macht beliebt zu machen – beim Establishment der Demokratischen Partei und bei den Spenden verteilenden Konzernen. Gleichzeitig hofft man wohl, (mit Angriffen auf Russland) auch weiterhin Moderatoren gewinnen zu können, die früher Agenten, Militärs oder für die Rüstungsindustrie tätig waren.

Die von Konzernen beherrschten Medien üben enormen Druck auf demokratische Abgeordnete und Wahlkreiskandidaten aus, damit sie der antirussischen Linie der Parteispitze folgen. Umfragen belegen jedoch, dass nur relativ wenige US-Wähler Russland als Bedrohung für ihr Wohlergehen ansehen; sie machen sich viel mehr Sorgen um die Gesundheitsfürsorge, das Bildungssystem, ihr Wohnungsproblem und ihre wirtschaftliche Sicherheit.

Die große Kluft zwischen der Mehrheit der US-Amerikaner und den (nicht nur) die Medien beherrschenden US-Eliten ist wieder einmal bei einer US-weiten Umfrage nach dem Trump-Putin-Gipfel in Helsinki deutlich geworden, der in den meisten US-Medien scharf kritisiert wurde. Die US-Zeitung *The Hill* (s. [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist))) hat hingegen in dieser Woche unter der Überschrift "Most Americans Back Trump's Call for Follow-Up Summit With Putin" (Die meisten US-Amerikaner unterstützen den von Trump vorgeschlagenen Nachfolgegipfel mit Putin [s. <http://thehill.com/hilltv/what-americas-thinking/398370-majority-of-americans-support-follow-up-summit-with-putin-poll>]), berichtet: "54 Prozent der Befragten waren für einen zweiten Gipfel, und 61 Prozent meinen, bessere Beziehungen zu Russland seien auch im Interesse der USA notwendig."

Trotzdem verfolgt die Führung der Demokratischen Partei einen ganz anderen Kurs. Nachdem sie so viel politisches Kapital investiert haben, um Putin als unversöhnlichen Feind der USA zu diffamieren, sind führende Demokraten im US-Kongress kaum an einem Tauwetter zwischen den beiden atomaren Supermächten der Welt interessiert.

Wer TV-Nachrichten schaut, kann leicht feststellen, dass die Demokratische Partei viel mehr Wert auf einen harten Kurs gegen Russland legt, als auf eine Auseinandersetzung mit der Macht der Konzerne, die für die extreme wirtschaftliche Ungleichheit in den USA verantwortlich ist. (s. das Zitat am Anfang dieses Artikels!)

Eine andere US-weite Umfrage hat ebenfalls bestätigt, wie falsch die Parteispitze der Demokraten liegt. Letzten Monat hat die Gallup Organization (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Gallup_Organization) gefragt: "Was halten Sie für das wichtigste Problem, mit dem die

USA heute konfrontiert sind?" Das Ergebnis spricht für sich [s. <https://news.gallup.com/poll/1675/most-important-problem.aspx>]. "Die (angespannte) Situation mit Russland" haben noch nicht einmal ein halbes Prozent der Befragten genannt.

Am Tag nach dem Helsinki-Gipfel war in der *Washington Post* zu lesen: "Umfragen und die Stimmung in bestimmten Wählergruppen haben erkennen lassen, das 'Russiagate' bei den die Wähler beschäftigenden Fragen ganz weit unten auf der Liste steht. Deshalb haben Wahlstrategen den Kandidaten und der Parteiführung der Demokraten seit Monaten empfohlen, im Wahlkampf 'Alltagsprobleme' in den Vordergrund zu rücken. Nach der bemerkenswerten 46-minütigen Pressekonferenz in Helsinki (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP11018_300718.pdf), bei der Trump neben einem ehemaligen KGB-Agenten stand, diesem auch noch geglaubt hat, als er die russische Einmischung in die US-Wahl leugnete, und stattdessen das FBI kritisierte, könnte sich herausstellen, dass die Wahlstrategen ihre Meinung jetzt ändern müssen." [Der Artikel ist aufzurufen unter https://www.washingtonpost.com/powerpost/after-helsinki-democrats-see-chance-to-capitalize-on-trumps-embrace-of-russia/2018/07/17/d92f5c94-89e7-11e8-8aea-86e88ae760d8_story.html?utm_term=.f06e6d1d470b .]

Prominente konzernhörige Demokraten, die den wachsenden Zuspruch eindämmen wollen, den progressive Demokraten in der Partei erhalten, haben sofort ins gleiche Horn gestoßen. Jim Kessler (s. <https://www.thirdway.org/about/leadership/jim-kessler>), ein ehemaliger Vizepräsident der "zentristischen" Gruppierung Third Way (s. https://en.wikipedia.org/wiki/Third_Way), hat nach dem Gipfel eilig öffentlich erklärt: "Das wird jetzt ganz schnell gehen. Ich habe mit vielen Demokraten gesprochen, die in sicheren Wahlkreisen der Republikaner oder in Wahlkreisen mit wechselnden Mehrheiten kandidieren, die meinen, das Russland-Problem käme nicht gut an. Das wird sich (nach Helsinki) rasch ändern."

Das Democratic National Committee (die Parteiführung der Demokraten, s. https://de.wikipedia.org/wiki/Democratic_National_Committee) und andere offizielle Vertretungen dieser Partei bombardieren auch weiterhin fast täglich Millionen Wähler mit antirussischen E-Mails. Es scheint fast so, als wolle man eine Panik erzeugen.

Als das Weiße Haus Ende letzter Woche bekannt gab, Präsident Trump wolle Wladimir Putin zu einem Treffen in Washington im Herbst 2018 einladen, das kurz darauf auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, verschickte das Wahlkomitee der Demokraten eine Massen-E-Mail mit dem Titel "Russia Alert" (Russland-Alarm), ihn der zu lesen war: "Dem russischen Präsidenten darf n i c h t erlaubt werden, unser Land zu betreten." In dieser E-Mail wurde ein Zusammenhang zwischen der angeblichen russischen Einmischung in die US-Wahlen und solchen Gipfeltreffen konstruiert. "Wir übertreiben nicht, wenn wir vor der Gefahr warnen, die von solchen Treffen ausgeht," warnte das Wahlkomitee und fügte hinzu. "Deshalb müssen sie um jeden Preis verhindert werden."

Demokraten, die sich in elitären Kreisen bewegen, mögen die Hetze gegen Putin für eine erfolgreiche Wahlkampfstrategie halten. Für Wahlberechtigte, die sich wegen ihrer unsicheren wirtschaftlichen Lage und anderer sozialer Probleme Sorgen machen, hat eine Partei, die nur gegen Russland hetzt, sich aber nicht um die Nöte der US-Bürger kümmert, nichts zu bieten (und sie werden die Kandidaten dieser Partei auch nicht wählen).

(Wir haben den Artikel, den Russenfeinde in deutschen Parteien sehr sorgfältig lesen sollten, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Die Links in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken. Infos über Norman Solomon sind nachzulesen unter [https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_\(Journalist\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon_(Journalist)) .



GOP and Corporate Dems Gain When Democrats Run Against Putin

Amplifying the anti-Russia din helps to drown out the left's core messages for economic fairness, equal rights, environmental protection, diplomacy and so much more

By Norman Solomon

"It would be easy for news watchers to see that the Democratic Party is much more committed to a hard line against Russia than a hard line against the corporate forces imposing extreme economic inequality here at home." (NBC News)

Progressives should figure it out. Amplifying the anti-Russia din helps to drown out the left's core messages for economic fairness, equal rights, environmental protection, diplomacy and so much more. Echoing the racket of blaming Russia for the USA's severe shortages of democracy plays into the hands of Republicans and corporate Democrats eager to block progressive momentum.

When riding on the "Russiagate" bandwagon, progressives unwittingly aid political forces that are eager to sideline progressive messages. And with the midterm elections now scarcely 100 days away, the torrents of hyperbolic and hypocritical claims about Russia keep diverting attention from why it's so important to defeat Republicans.

As a practical matter, devoting massive amounts of time and resources to focusing on Russia has reduced capacities to effectively challenge the domestic forces that are assaulting democratic possibilities at home -- with such tactics as state voter ID laws, purging of voter rolls, and numerous barriers to suppress turnout by people of color.

Instead of keeping eyes on the prize, some of the Democratic base has been watching and trusting media outlets like MSNBC. An extreme Russia obsession at the network has left precious little airtime to expose and challenge the vast quantity of terrible domestic-policy measures being advanced by the Trump administration every day.

Likewise with the U.S. government's militarism. While some Democrats and Republicans in Congress have put forward legislation to end the active U.S. role in Saudi Arabia's mass-murderous war on Yemen, those efforts face a steeper uphill climb because of MSNBC.

This week, under the headline "It's Been Over a Year Since MSNBC Has Mentioned U.S. War in Yemen," journalist Adam Johnson reported for the media watchdog group FAIR about the collapse of journalistic decency at MSNBC, under the weight of the network's Russia Russia Russia obsession. Johnson's article asks a big-type question: "Why is the No. 1 outlet of alleged anti-Trump #resistance completely ignoring his most devastating war?"

The FAIR report says: "What seems most likely is MSNBC has found that attacking Russia from the right on matters of foreign policy is the most elegant way to preserve its 'progress-

sive' image while still serving traditional centers of power -- namely, the Democratic Party establishment, corporate sponsors, and their own revolving door of ex-spook and military contractor-funded talking heads."

Corporate media have been exerting enormous pressure on Democratic officeholders and candidates to follow a thin blue party line on Russia. Yet polling shows that few Americans see Russia as a threat to their well-being; they're far more concerned about such matters as healthcare, education, housing and overall economic security.

The gap between most Americans and media elites is clear in a nationwide poll taken after the Trump-Putin summit in Helsinki, which was fiercely condemned by the punditocracy. As The Hill newspaper reported this week under the headline "Most Americans Back Trump's Call for Follow-Up Summit With Putin," 54 percent of respondents favored plans for a second summit. "The survey also found that 61 percent of Americans say better relations with Russia are in the best interest of the United States."

Yet most Democratic Party leaders have very different priorities. After investing so much political capital in portraying Putin's government as an implacable enemy of the United States, top Democrats on Capitol Hill are hardly inclined to help thaw relations between the world's two nuclear superpowers.

It would be easy for news watchers to see that the Democratic Party is much more committed to a hard line against Russia than a hard line against the corporate forces imposing extreme economic inequality here at home.

National polling underscores just how out of whack and out of touch the party's top dogs are. Last month, the Gallup organization asked: "What do you think is the most important problem facing the country today?" The results were telling. "Situation with Russia" came in at below one-half of 1 percent.

The day after the Helsinki summit, the Washington Post reported: "Citing polls and focus groups that have put Trump and Russia far down the list of voter priorities, Democratic strategists have counseled candidates and party leaders for months to discuss 'kitchen table' issues. Now, after a remarkable 46-minute news conference on foreign soil where Trump stood side by side with a former KGB agent to praise his 'strong' denials of election interference and criticize the FBI, those strategists believe the ground may have shifted."

Prominent corporate Democrats who want to beat back the current progressive groundswell inside their party are leading the charge. Jim Kessler, a senior vice president at the "centrist" Third Way organization, was quick to proclaim after the summit: "It got simple real fast. I've talked to a lot of Democrats that are running in purple and red states and districts who have said that Russia rarely comes up back home, and I think that has now changed."

The Democratic National Committee and other official arms of the party keep sending out Russia-bashing emails to millions of people on a nearly daily basis. At times the goals seem to involve generating and exploiting manic panic.

At the end of last week, as soon as the White House announced plans (later postponed) for Vladimir Putin to meet with President Trump in Washington this fall, the Democratic Congressional Campaign Committee fired off a mass email -- from "RUSSIA ALERT (via DCCC)" -- declaring that the Russian president "must NOT be allowed to set foot in our country." The email strained to conflate a summit with Russian interference in U.S. electi-

ons. “We cannot overstate how dangerous this is,” the DCCC gravely warned. And: “We need to stop him at all costs.”

For Democrats who move in elite circles, running against Putin might seem like a smart election move. But for voters worried about economic insecurity and many other social ills, a political party obsessed with Russia is likely to seem aloof and irrelevant to their lives.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern